

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der AfD

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
- Drucksache 7/1315 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/900 -

Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2018/2019 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2018/2019

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 7/898 -

Mittelfristige Finanzplanung 2017 bis 2022 des Landes
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

hier: Einzelplan 15 - Geschäftsbereich des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung

Der Landtag möge beschließen:

Für den Einzelplan 15	Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung
Kapitel 1507	Allgemeine Bewilligungen -Verkehr-
MG 65	Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs

einen Titel neu einzurichten,

mit der Zweckbestimmung „Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für fachliche Studien und individuelle Konzepte zu alternativen Bedienungsformen zur Verbesserung des ÖPNV“

mit Ansätzen für das Jahr 2018 von 100,0 TEUR und für das Jahr 2019 von 100,0 TEUR

und mit folgenden Erläuterungen: „Der Titel soll Anreize dafür schaffen, dass die Gemeinden sich mit dem Thema alternativer Bedienungsformen für die Mobilität der Bürger beschäftigen und konkrete, auf die jeweiligen regionalen Bedürfnisse angepasste, Lösungen anstreben.“

Die Deckung der entsprechenden Mehrausgaben erfolgt durch eine Absenkung des Ansatzes beim Titel 1502 533.01 (Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen sowie für Werbemaßnahmen im Zusammenhang mit Energie und Klimaschutz) im Haushaltsjahr 2018 um 100,0 TEUR auf 150,0 TEUR und im Haushaltsjahr 2019 um 100,0 TEUR auf 150,0 TEUR.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Werkverträge und andere Auftragsformen für Werbemaßnahmen im Zusammenhang mit Energie und Klimaschutz können gekürzt werden, da es ausreichend Maßnahmen in anderen Titeln gibt, die Werbung für Energie und Klimaschutz machen. Werkverträge im Bereich Werbung und Aufträge für aufgeführte Studien sollten aktuell und mit kurzer Laufzeit beauftragt werden. Die benannten Studien sind bereits seit vier Jahren im Haushalt verankert und sollten längst abgeschlossen sein. Der verbleibende Ansatz ist ausreichend für neue Aufträge.

Insbesondere im ländlichen Raum müssen Gemeinden und Gemeindeverbände zukünftig noch mehr alternative Bedienungsformen für die Mobilität der Bürger anbieten. Bisherige zentrale Angebote waren wenig erfolgreich, da sie nicht auf die spezifischen Bedürfnisse vor Ort angepasst waren. Der Titel soll Anreize zu schaffen, dass die Gemeinden sich mit dem Thema beschäftigen und konkrete auf die jeweiligen regionalen Bedürfnisse angepasste Lösungen anstreben. Der Ansatz kann als Unterstützung für die Entwicklung von Studien, Befragungen oder Lösungskonzepten dienen.